

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Vereins

Berlin, 20. Januar 1928

In einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Sozialpolitischen und Finanzpolitischen Ausschuss wurde diese Vorlage behandelt und zwei Arbeitsausschüsse überwiesen, von denen der eine die allgemeinen Fragen und der andere die Zolltarifffragen vorbereiten sollte. Der Arbeitsausschuss für die allgemeinen Fragen hatte vier Gruppen gebildet, und zwar je eine für Handel, Industrie, Landwirtschaft. Das Ergebnis ihrer Beratungen haben die Gruppen in Eingebirichten niedergelegt, die jetzt in einem Gesamtericht zusammengearbeitet werden. Der Arbeitsausschuss für Zolltarifffragen hatte für die einzelnen Abschnitte des Zolltarifs Verifierstattergruppen gebildet, die das vorliegende Material aus früheren Zolltariffverhandlungen sowie etwaige neue Eingaben prüften. Der Zolltariffausschuss nahm diese Berichte entgegen und behandelte die für die Zollsenkungsoffen der Reichsregierung in Betracht kommenden Nummern des Zolltarifs. Bei

Betrieb und Wirtschaft

Der § 84 des Betriebsrätegesetzes.

Seit mehr als sieben Jahren besteht das Betriebsrätegesetz, und man sollte meinen, daß es innerhalb dieser Zeit möglich gewesen wäre, die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes dem Arbeiter nahe zu bringen, damit er im Falle der Not auch damit umgehen weiß. Leider ist uns die Praxis nur allzuoft, daß dies nicht der Fall ist und daß eine ganze Reihe von Forderungen und Rechten aus dem Arbeitsvertrag nicht erfolgreich ausgenutzt werden, weil die Bestimmungen der betreffenden Paragraphen nicht gekannt oder falsch oder zu spät angewandt werden. Dabei haben sich alle Arbeiterorganisationen bisher die größte Mühe gegeben, in Kurzen und Zeitungsartikeln immer wieder auf die Notwendigkeit der einzelnen Bestimmungen hinzuweisen. Wenn trotzdem die Arbeiter in ihrer Mehrheit nicht in die Dinge einzudringen vermögen, dann liegt es wohl vor allem daran, daß sie sich in den meisten Fällen auf die Betriebsvertretungen verlassen, die ihrer Meinung nach nur dazu da ist, jedem einzelnen die Unebenheiten und Mängelheiten, die der Arbeitsvertrag oft mit sich bringt, aus dem Wege zu räumen.

Das ist unbedingt falsch. Wenn es auch zu dem Aufgabenkreis des Betriebsrates gehört, die Durchführung der Tarifverträge und sonstiger Arbeitsbedingungen zu überwachen, so ist seine Aufgabe doch nicht so auszulegen, daß er damit zum Alibi für jeden einzelnen werden darf, damit sich der Arbeiter selbst so wenig wie möglich in geistige Lasten fügen muß.

Leider regeln wir noch immer in diesem rubigen Schlaraffenland, und der Betriebsrat ist der Verantwortliche für jede Dummheit, die in dieser oder jener Beziehung innerhalb des Betriebes gemacht wird. Wird die Sache aber bereinigt, dann möchte der Betriebsrat auch noch hingehen und den Arbeiter aufklären, was er denn nun zu machen hat, damit durch seine Unachtsamkeit nicht noch weitere Rechte verfehrt werden. Das sind Aufgaben, die schon so oft gelöst wurden und die trotz aller Wiederholung als Potemkinische Dörfer weiterleben. Solange der Arbeiter nicht wirklich zum Erwachsenen kommt, wird es trotzdem immer wieder notwendig sein, auf diese und jene Bestimmungen hinzuweisen, von denen man hofft, daß hier und da noch etwas abhängen bleibt.

Die wichtigste Bestimmung des Betriebsrätegesetzes dürfte für den Arbeiter noch immer der § 84 sein, der die Eingriffsmöglichkeiten gegen eine Entlassung enthält und deshalb dem Arbeiter in Fleisch und Blut übergehen muß. Weshalb wir uns kurz mit ihm beschäftigen wollen, ist wohl die Frage: „Ist jeder Arbeitnehmer das Recht des Einspruchs, davon nicht betroffen?“ Grundsätzlich steht jedem Arbeitnehmer dieses Recht zu, denn nach dem § 10 des ArbZG ist jeder Arbeitnehmer diesem Gesetz unterworfen, sofern er nicht Familienangehöriger des Arbeitgebers ist. Damit gehört also auch der zur Ausschüsse eingestellte Arbeitnehmer zum Betrieb und fällt unter die Schutzbestimmungen des Gesetzes. Aber die Ausschüsse besitzen dieses Recht doch nur bis zu einem bestimmten Maße. Ist z. B. ein Arbeitnehmer auf die Dauer von sechs Wochen zur Ausschüsse eingestellt, dann wird er, wenn er am Ablauf der sechsten Woche entlassen wird, dagegen keinen Einspruch erheben können, weil er von vornherein mit dieser Entlassungsangelegenheit einverstanden war. Erfolgt die Entlassung aber bereits nach vier Wochen, dann steht ihm das Recht des Einspruchs zu. Ist ein Arbeiter zur Ausschüsse für eine bestimmte Arbeit eingestellt, die zeitlich nicht begrenzt ist, dann besitzt er das Einspruchsrecht, wenn die Entlassung vor Beendigung der „bestimmten“ Arbeit erfolgt.

Unter welcher Voraussetzung kann nun Einspruch erhoben werden?

1. Wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht, wegen politischer, militärischer, konfessioneller

oder gewerkschaftlicher Betätigung, oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbande erfolgt ist;

2. wenn die Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt ist;

3. wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, dauernd andere Arbeit als die bei der Einstellung vereinbarte zu verrichten;

4. wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt.

Die Einspruchsgründe unter 1, 2 und 3 dürfen nicht oft vorkommen, so daß wir uns mit ihnen nicht allzuweit beschäftigen brauchen. Wichtiger ist die Ziffer 4, die den Sammelbegriff darstellt, die damit eine Art Generalklausel ist und in den meisten Fällen anzogezogen werden kann.

Was hat nun der Gefährdete zu tun, wenn er glaubt, daß ihm Unrecht geschehen ist? Er muß innerhalb fünf Tagen, wobei der Tag der Kündigung mitzählt, bei seinem Betriebsrat Einspruch erheben. Erkennt der Betriebsrat die Einspruchsgründe als berechtigt an, dann wird er in Verhandlungen mit dem Unternehmer versuchen, die Angelegenheit zu einem gütlichen Abschluß zu bringen. Die Einigungsverhandlung muß innerhalb acht Tagen stattfinden. Erfolgt diese ergebnislos, dann erfolgt spätestens am 5. Tage die Eingabe an das Arbeitsgericht. Besondere Wert muß von den Betriebsräten auf die Niederschriften bei der Stellungnahme des Betriebsrates sowie bei der Einigungsverhandlung gelegt werden, da bei deren Nichtvorhandensein mit einer Abweisung der Klage vor dem Gericht zu rechnen ist.

Aber noch etwas anderes ist ebenso wichtig. Man muß vom Arbeiter verlangen können, daß er dem Betriebsrat alle auf die Kündigung bezughabenden Dinge mitteilt, daß er ihm nicht Dinge verschweigt, weil sie für ihn ungünstig sind, die aber unbedingt zur Beurteilung der ganzen Lage zur Kenntnis des Betriebsrates gelangen müssen. Gerade in dieser Beziehung wird sehr stark gefordert und wir müssen schon verlangen, daß, wenn im Interesse der Arbeiterschaft deren Rechte vertreten werden sollen, dann auch vollkommen einwandfreie Unterlagen beizubringen sind. Der § 84 ist nur dann ein Schuttparagraph, wenn der Arbeitervertreter und darüber hinaus natürlich der Organisationsleitung alle auf eine Kündigung bezughabenden Dinge bekannt sind und nicht erst inmitten einer Verhandlung bekannt werden.

Nur wenn diese Grundzüge endlich Allgemeingut der Arbeiterschaft werden, wenn jeder mit dem ihm gegebenen Rechte einigermassen umzugehen weiß, dann wird jenes unverantwortliche Schimpfen auf die Organisation verfallen, die an allem Schuld sein soll, und dann wird auch eine wirkliche Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse nicht mehr in einer unerlösen Ferne liegen. Gg. Sch.

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitsunfähige.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in einem Bescheid vom 11. Oktober 1927 bekanntgegeben, daß frankenversicherungspflichtige Personen während einer Krankheit, die die Versicherten arbeitsunfähig macht, keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben. Dagegen müssen für die Angestellten, die nicht mehr frankenversicherungspflichtig, aber arbeitsunfähig sind und die insofern der Arbeitslosenversicherungspflicht unterliegen, auch im Falle der Erkrankung Beiträge geleistet werden, falls das Gehalt während dieser Zeit mehr bezogen wurde.

Der Präsident der Reichsanstalt geht dabei davon aus, daß für die frankenversicherungspflichtigen Personen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als Zuschläge zu den Krankentagegeldbeiträgen erhoben werden, während bei den bezeichneten Angestellten eine solche Regelung nicht in Frage kommt, da sie nur der Arbeitslosenversicherung

pfligt unterliegen. Angestellte, die etwa als versicherungsberechtigte oder freiwillige Mitglieder in der Krankenversicherung sind und die während einer Krankheit keine Beiträge zur Krankenkasse entrichten brauchen, werden nicht anders behandelt als die Angestellten, die überhaupt keiner Krankenkasse angehören.

Unfall auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte.

Nach § 545a AVO. werden auch Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte durch die Unfallversicherung erfasst. Eine Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft kommt aber nur dann in Frage, wenn sich der Unfall auf einem Wege ereignet, der mit der Beschäftigung in dem versicherten Betriebe zusammenhängt. Ein solcher Zusammenhang muß nach Ansicht des Reichsversicherungsamts in örtlicher, zeitlicher und ursächlicher Beziehung bestehen. Eine Unterbrechung des Weges zur Arbeitsstätte nimmt diesem Wege selbst seine Eigenart nicht, wenn sie verhältnismäßig kurz ist und zum Teil in innerer Beziehung zu der Beschäftigung im Betriebe steht. (Entscheidung des RVV. vom 2. Mai 1927.) Auch bei einer Unterbrechung des Heimweges von der Arbeitsstätte kann der Rest des Weges als zusammenhängend mit der Beschäftigung im Betriebe betrachtet werden. In diesem Sinne hat das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung vom 17. März 1927 entschieden. Das Reichsversicherungsamt hat ferner in anderen Entscheidungen zum Ausdruck gebracht, daß der Beschäftigte nicht verpflichtet ist, allgemein benutzte oder öffentliche Wege zu benutzen, daß Verlässe gegen strafrechtliche Vorschriften oder Verbote, die sich auf dem Wege ereignen, die Annahme eines Betriebsunfalles nicht ausschließen, sowie, daß eine ungewöhnliche Veränderung des Weges ohne Einfluß bleibt.

Welche Wagenklasse können Krankentagegeldmitglieder auf der Fahrt zum Arzt benutzen?

Zu den Kosten der ärztlichen Behandlung nach § 182 AVO. gehören auch diejenige Aufwendungen, die durch Zuziehung des Arztes erforderlich werden. Genehmigt die Kasse die Beratung durch einen auswärtig wohnenden Arzt, so fallen unter die zu erstattenden Kosten auch die durch die Reise zum Arzt entstehenden notwendigen Ausgaben (Entscheidung des RVV. vom 1. Juni 1920). Die Frage, ob Versicherten die ihnen durch das Aufsuchen eines auswärtigen Arztes erwachsenen Eisenbahnfahrkosten von der Krankenkasse nach den Sätzen der vierten oder einer höheren Wagenklasse zu erstatten sind, ist nicht unbedingt zu entscheiden. Maßgebend ist, daß die Kosten nur insofern zu erstatten sind, als sie zur ordnungsmäßigen Durchführung der erforderlichen ärztlichen Behandlung notwendig waren. Ob hiernach die Ausgaben für die Benutzung einer höheren als der vierten Wagenklasse zu vergüten sind, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Dabei sind die bei der Eisenbahn bestehenden Verhältnisse und der Krankheitszustand des Mitglieds in Betracht zu ziehen. Ist der Eisenbahnzug in der vierten Wagenklasse erfahrungsgemäß überfüllt oder durch Traglasten in Anspruch genommen, muß aber der Kranke möglichst ungehindert in stehender Körperhaltung fahren, dann erscheint die Benutzung der dritten Wagenklasse geboten. Die Beurteilung muß hiernach von Fall zu Fall erfolgen. Nach den jetzt bestehenden Verhältnissen ist jedenfalls die Benutzung einer höheren als der vierten Wagenklasse nur beim Vorliegen besonderer Gründe als notwendig anzuerkennen. Auch auf dem Gebiete des Versorgungsrechts werden die Reisefreien nicht durchweg in Höhe der dritten Wagenklasse erstattet (Entscheidung des RVV. vom 7. Januar 1927).

aber bei der Grundlage dieser Renten um Ansprüche, die dem heutigen Rechtsempfinden nicht mehr entsprechen und die deshalb in allen Staaten der Erde, soweit sie als Rechtsstaaten gelten wollen, aufgehoben sind. Die Lebensversicherung und die daraus hergeleiteten Renten des Lebensversicherungsgesetzes stehen in einem Gegensatz zu dem heutigen Rechtsempfinden. Es widerspricht auch diesen Rechtsanschauungen, daß für die Aufhebung dieser als mit den Menschenrechten unvereinbar empfundenen Einrichtung irgendein Entgelt gewährt werden soll. Ungeachtet dessen würden die Lebensversicherungsrechte, wenn sie heute noch beständen, ohne jede Entschädigung für den Berechtigten vom Gesetzgeber aufgehoben werden.

Da die Rente im Jahre 1923 nicht gezahlt worden ist, verlangten die Kläger für die Jahre 1922 und 1923 eine Zuzahlung in Goldmark in Höhe von 1864 Reichsmark mit 8 Proz. Zinsen. Dieser Anspruch ist vom Gericht mit folgender Begründung abgelehnt worden:

„Die Kläger können ebenfalls mit ihrem Anspruch gegen den Beklagten den übrigen Staatsgläubigern gleichgestellt werden, die aus Darlehen und ähnlichen Rechtsverhältnissen Forderungen gegen den preussischen Staat erworben haben. Eine Nachzahlung für die Zeit der verfallenen Geldentwertung, also für die Jahre 1922 und 1923, ist ihnen nicht gewährt worden. Wenn aber diese Gläubiger, die dem Staat vollwertige Gegenleistungen gemacht haben, für ihre darauf begründeten Ansprüche nichts bekommen, so wäre es unbillig, die Kläger, die nicht auf eine solche Gegenleistung ihrerseits verweisen können, besser zu stellen.“

Etwas Unerhörteres als das Vorgehen des Freiherrn von Preusschen können wir uns kaum denken. Anstatt sich zu befleißigen, die größte Schande des vorrevolutionären Deutschlands, die Leibeigenschaft, in Wertvoll bringen zu helfen, erscheint ihm ihre Abtötung wertvoll genug, noch heute, im zehnten Jahre der deutschen Republik, einen unerhörten Kontenanspruch daraus herzuleiten. Mit dem Anspruch des Freiherrn von Preusschen ist erneut in unzulässiger Weise geltend gemacht, daß die Einrichtung der Leibeigenschaft, die nach den Erklärungen ihrer Hüter nur der Fügung von Zucht und Ehre dienen sollte, nichts anderes als eine der vielen lohnenden Gewinnquellen der Feudal- und Standesherrschaft war. Die Entscheidung des Wiesbadener Landgerichts ist indessen, wie gesagt, erfreulich. Die Urteilsbegründung enthält Wortwendungen, wie sie vernünftiger für die damaligen Zeitverhältnisse kaum sein können. Hoffentlich läßt sich manches Gericht Ostpreußens die Haltung des Wiesbadener Landgerichts als Vorbild dienen.

Die Ortslohnregelung für die Reichsarbeiter.

Lohnzulage von zwei bis vier Pfennigen.

Die Verhandlungen über die Löhne der Reichsarbeiter sind dieser Tage abgeschlossen worden. Das Ergebnis der Verhandlung ist, daß die Reichsarbeiter eine kleine Lohnzulage

Rückwirkend ab 16. Oktober 1927 wird nach den neuen Vereinbarungen eine Erhöhung von 2 Pf. pro Stunde an insgesamt 137 Orten, eine Erhöhung von 3 Pf. an 35 Orten und eine solche von 4 Pf. an 11 Orten gewährt. Für Berlin sind 3 Pf. pro Stunde angeboten worden. Über diesen Vorschlag konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Weiterberatung wurde daher bis zur Erledigung der Ortslohnzulagenverhandlungen bei Post und Eisenbahn zurückgestellt.

Wenn die Organisation, abgesehen von der Berliner Regelung, diesem Verhandlungsergebnis schließlich ihre Zustimmung erteilt haben, so dürfen daraus weder die Reichsregierung noch die Dienststellen nun den Schluss ziehen, daß die Organisationen auf ihren grundsätzlichen Kampf um einen anständigen und auskömmlichen Lohn für die Reichsarbeiter etwa verzichtet haben. Im Gegenteil: nach wie vor bleibt die Forderung bestehen, daß die Löhne der Reichsarbeiter an 75 Proz. aller Orte auch heute noch um 10 bis 20 Pf. unter dem Lohndurchschnitt der übrigen Arbeiterkategorien liegen. Der 31. März 1928, der Termin, an dem das gegenwärtige Lohnabkommen gekündigt werden kann, wird den Organisationen Gelegenheit geben, ihre Forderungen anzumelden.

Das vorliegende Resultat für die Reichsarbeiter kann nur als ein Ausgleichsergebnis in den einzelnen Orten gewertet werden. Als solches bedeutet es einen gewissen Achtungserfolg der gewerkschaftlichen Arbeit, den auch die Reichs- und Staatsarbeiter nicht verkennen werden.

